

ih-he-cz 3
10059

BERICHT
über die Prüfung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2007
und
des Lageberichts

Capital Funding GmbH

Koogstraat 4, 25870 Norderfriedrichskoog

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Prüfungsbericht</u>	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	2
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
II. Feststellungen gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB	3
III. Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen sonstige Vorschriften.....	3
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	6
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	6
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	7
2. Jahresabschluss	7
3. Lagebericht	8
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	8
1. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	8
2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	8
3. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
E. Wirtschaftliche Verhältnisse	9
I. Vermögens- und Finanzlage	9
1. Vermögenslage	9
2. Finanzlage	13
II. Ertragslage	14
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	16

Anlagen

Anlage

Bilanz zum 31. Dezember 2007	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007	2
Anhang zum Geschäftsjahr 2007	3
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2007	4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	5
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen	6

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

A. Prüfungsauftrag

In der Gesellschafterversammlung am 18. Dezember 2007 der

Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog
(im Folgenden kurz „Gesellschaft“ genannt),

sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 gewählt worden. Die Geschäftsführung hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 gem. § 316 ff. HGB zu prüfen.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002 vereinbart.

Die Haftungshöchstsumme bestimmt sich nach § 234 Absatz 2 HGB.

Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss, bestehend aus

Anlage 1	Bilanz
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung
Anlage 3	Anhang,

sowie als

Anlage 4	der Lagebericht
----------	-----------------

in Abschrift beigefügt sind.

Auftragsgemäß haben wir die Darstellung der rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Grundlagen ergänzend in den Prüfungsbericht (Anlage 6) aufgenommen.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW-Prüfungsstandards 450 erstellt.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Absatz 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein.

Folgende positive oder negative Entwicklungen des Unternehmens betreffende Angaben der gesetzlichen Vertreter in Jahresabschluss und Lagebericht sind für die Berichtsadressaten zur Beurteilung der Lage des Unternehmens als wesentlich hervorzuheben:

1. Positive Ertragsentwicklung
2. Positive Entwicklung in den Folgejahren
3. Keine Risiken für die künftige Entwicklung

Zu 1.

Positive Ertragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2007 wurden die Transaktionen im Zusammenhang mit den Auszahlungen an die Inhaber der Teilschuldverschreibung vertragskonform abgewickelt. Das Ergebnis des Geschäftsjahres hat sich gegenüber den Vorjahren nur geringfügig verändert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Das positive Jahresergebnis trug zur Stärkung des Eigenkapitals bei.

Die Vermögenslage ist geordnet. Das langfristige Vermögen ist durch das Eigenkapital und durch langfristige Fremdmittel vollständig finanziert.

Zu 2.

Positive Entwicklung in den Folgejahren

Die Geschäftsführung rechnet auch in den nächsten beiden Geschäftsjahren mit einem geringen Jahresüberschuss bei unterstellten stabilen Zinsverhältnissen. Aufgrund des Geschäftsmodells sind die Überschüsse der Gesellschaft aber im Wesentlichen auf die Zinserträge und die Marge von 3 TEUR aus dem laufenden Abwicklungsprozess begrenzt.

Zu 3.

Keine Risiken für die künftige Entwicklung

Risiken für die künftige Entwicklung bestehen aufgrund des Geschäftsmodells gemäß den Ausführungen im Lagebericht nicht. Veränderungen bei den steuerlichen Rahmenbedingungen führen vertragsgemäß zu einer Anpassung der Gewinnbeteiligung aus der stillen Gesellschaft. Kann die Gesellschaft aufgrund geringerer Beteiligungserträge die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen nicht in voller Höhe erbringen, so reduzieren sich entsprechend die Zinszahlungen auf die Teilschuldverschreibungen. Eine Nachzahlungsverpflichtung auf entfallende Zinszahlungen besteht nicht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und die voraussichtliche Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

II. Feststellungen gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB

Wir haben bei unserer Abschlussprüfung keine berichtspflichtigen Tatsachen nach § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB festgestellt, welche den Bestand des geprüften Unternehmens gefährden können.

III. Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen sonstige Vorschriften

Als Abschlussprüfer haben wir gemäß § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB auch darüber zu berichten, ob bei Durchführung unserer Abschlussprüfung Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen festgestellt wurden, die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag darstellen.

Vorschriften zur Rechnungslegung

Gesetzliche Vorschriften im Sinne des § 321 Absatz 1 Satz 3 HGB sind die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder Lageberichtes geltenden Rechnungslegungsnormen im Sinne des § 317 Absatz 1 Satz 2 HGB. Hierzu gehören die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften für den Jahresabschluss sowie Angabe- und Erläuterungspflichten im Anhang und Vorschriften zur Erstellung des Lageberichts sowie ggf. einschlägige Normen des Gesellschaftsvertrages.

Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir keine berichtspflichtigen Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen diese Vorschriften zur Rechnungslegung festgestellt.

Sonstige gesetzliche und gesellschaftsrechtliche Regelungen

Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder der Arbeitnehmer gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag umfassen Täuschungen, Vermögensschädigungen und Verstöße gegen solche gesetzlichen Vorschriften, die sich nicht auf die Rechnungslegung beziehen.

Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir keine solchen berichtspflichtigen Sachverhalte festgestellt.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007. Diese haben wir daraufhin geprüft, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir zusätzlich daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt.

Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrages zur Jahresabschlussprüfung.

Wir haben unsere Prüfung in den Monaten Februar und März 2008 (mit Unterbrechungen) in unserem Hause durchgeführt. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Bücher und Belege, Verträge, Urkunden und anderes Schriftgut der Gesellschaft. Ferner stützten wir uns auf die Auskünfte der Geschäftsführung und der von ihr benannten Auskunftspersonen.

Die Verantwortung für den Jahresabschluss, den Lagebericht und die uns gemachten Angaben trägt die Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006.

Bei der **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften des § 317 HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkennen.

Wir haben unser **Prüfungsvorgehen** nach den Ergebnissen einer Untersuchung des internen Kontrollsystems der abschluss- und rechnungslegungsrelevanten Bereiche bestimmt. Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der bei der Gesellschaft vorhandenen Kontrollen – unter Einschluss bestehender Überwachungs-, Anwendungs- und Computerkontrollen – von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir die Untersuchung von Einzelvorgängen weitgehend eingeschränkt.

Soweit wir Einzelfallprüfungen für erforderlich hielten, haben wir diese durch analytische Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) oder durch stichprobenartige Überprüfung von Geschäftsvorfällen (Belegprüfung) vorgenommen.

Aufgrund unserer Einschätzung des Unternehmensrisikos und der Voraufnahme des internen Kontrollsystems wurden folgende Prüfungsfelder schwerpunktmäßig geprüft:

- Vollständige Erfassung des Beteiligungsertrages
- Periodengerechte Abgrenzung des Zinsaufwandes
- Vollständigkeit des Anhangs

Zur **Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten** der Gesellschaft haben wir sämtliche Bank- und Darlehensauszüge geprüft. Kreditorensalden haben wir durch Belegeinsicht geprüft.

Von der Geschäftsführung sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die Geschäftsführung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsführung hat hierin ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nachfolgend stellen wir gemäß § 321 Absatz 2 Satz 1 HGB dar, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Unsere Prüfung nach § 321 Absatz 2 Satz 2 HGB hat ergeben, dass der Abschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft vermittelt.

Gemäß § 321 Absatz 2 Satz 3 HGB gliedern wir die Posten des Jahresabschlusses auf und erläutern diese ausreichend, soweit dadurch die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich verbessert wird und diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe.

Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist chronologisch geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

2. Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen der Gesellschaft entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind beachtet worden. Der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Absatz 1 Nr. 6 HGB, der sich sowohl auf die Ausübung von Bewertungsmethoden als auch auf die Inanspruchnahme von Ausweiswahlrechten bezieht, wurde beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt.

Der Anhang enthält alle gesetzlich geforderten Angaben.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Absatz 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Das Finanzanlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderungen waren bisher nicht erforderlich.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Das Vorsichtsprinzip wurde beachtet.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Änderungen der Bewertungsmethoden im Vergleich zum Vorjahr erfolgten nicht.

2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlicher Ausweitung auf den Jahresabschluss haben wir nicht festgestellt.

3. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen Bewertungsgrundlage sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

E. Wirtschaftliche Verhältnisse

I. Vermögens- und Finanzlage

1. Vermögenslage

Im Folgenden stellen wir die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft zu den Bilanzstichtagen des Berichtsjahres und des Vorjahres gegenüber.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden unter den langfristigen Fremdmitteln ausgewiesen.

	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGEN						
Finanzanlagen =						
Langfristig gebundenes Vermögen	180.000	94,5	180.000	95,3	0	0,0
Sonstige Vermögensgegenstände	10.521	5,5	8.784	4,7	1.737	19,8
Flüssige Mittel	31	0,0	62	0,0	-31	-50,0
Rechnungsabgrenzung	5	0,0	4	0,0	1	25,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	10.557	5,5	8.850	4,7	1.707	19,3
AKTIVA	190.557	100,0	188.850	100,0	1.707	0,9
KAPITAL						
Stammkapital	25	0,0	25	0,0	0	0,0
Gewinnvortrag	2	0,0	-1	0,0	3	-300,0
Jahresüberschuss	3	0,0	3	0,0	0	0,0
Eigenkapital	30	0,0	27	0,0	3	11,1
Teilschuldverschreibungen (> 1 Jahr) =						
Langfristige Fremdmittel	180.000	94,5	180.000	95,3	0	0,0
Rückstellungen	106	0,1	95	0,1	11	11,6
Sonstige Verbindlichkeiten (< 1 Jahr)	10.421	5,4	8.728	4,6	1.693	19,4
Kurzfristige Fremdmittel	10.527	5,5	8.823	4,7	1.704	19,3
PASSIVA	190.557	100,0	188.850	100,0	1.707	0,9

Der Anstieg der Bilanzsumme resultiert bei den **AKTIVA** aus den höheren sonstigen Vermögensgegenständen.

Unter den Finanzanlagen wird die typisch stille Beteiligung am Handelsgewerbe der Aareal Bank AG, Wiesbaden, ausgewiesen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu den rechtlichen Verhältnissen der Gesellschaft (Anlage 6).

Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen Forderungen aus der dem Geschäftsjahr 2007 zuzurechnenden Gewinnbeteiligung auf die stille Beteiligung an der Aareal Bank AG in Höhe von 7.821 TEUR sowie Steuererstattungsansprüche in Höhe von 2.602 TEUR. Die Steuererstattungsansprüche resultieren aus der einbehaltenen Kapitalertragsteuer und dem einbehaltenen Solidaritätszuschlag auf die Gewinnausschüttung der stillen Beteiligung, die die Steuerschuld der Gesellschaft bei weitem übersteigen.

Hinsichtlich der Entwicklung der flüssigen Mittel verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Finanzlage der Gesellschaft.

Bei den **PASSIVA** ist die Erhöhung der Bilanzsumme auf die Entwicklung der sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Unter den langfristigen Fremdmitteln werden die von der Gesellschaft emittierten Teilschuldverschreibungen ausgewiesen, die zur Finanzierung der stillen Gesellschaftereinlage am Kapitalmarkt platziert wurden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu den rechtlichen Verhältnissen der Gesellschaft (Anlage 6).

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Gewerbesteuer sowie für Abschluss-, Prüfungs- und Steuerberatungskosten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten die anteilige Zinsabgrenzung auf die Teilschuldverschreibungen in Höhe von 7.819 TEUR sowie die Verbindlichkeiten gegenüber der Aareal Bank AG aus der Vorfinanzierung von Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 2.602 TEUR.

Das langfristige Vermögen ist durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt. Die Überdeckung beträgt 30 TEUR bzw. 0,02 %. Die Vermögenslage ist geordnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Die Fälligkeiten der Forderungen gibt der folgende Forderungsspiegel wieder:

Art der Forderung zum 31. Dezember 2007	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit	
		kleiner 1 Jahr TEUR	größer 1 Jahr TEUR
Sonstige Vermögens- gegenstände	10.521	10.521	0
Gesamtbetrag	10.521	10.521	0

Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten gibt der folgende Verbindlichkeitspiegel wieder:

Art der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahre TEUR	größer 5 Jahre TEUR
Teilschuldverschreibungen	180.000	0	0	180.000
Sonstige Verbindlichkeiten	10.421	10.421	0	0
Gesamtbetrag	190.421	10.421	0	180.000

2. Finanzlage

Zur Entwicklung der Finanzlage fügen wir im Anschluss die Kapitalflussrechnung nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) bei:

	2007 <u>TEUR</u>	2006 <u>TEUR</u>
Jahresergebnis	3	3
+/- Zu-/Abnahme Rückstellungen	11	75
-/+ Zu-/Abnahme Umlaufvermögen (außer liquide Mittel)	-1.738	-1.217
+/- Zu-/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	<u>1.693</u>	<u>1.166</u>
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-31</u>	<u>27</u>
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-31	27
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>62</u>	<u>35</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	<u><u>31</u></u>	<u><u>62</u></u>

Der Finanzmittelbestand setzt sich aus Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Die Abnahme des Finanzmittelbestandes ist im Ergebnis aus Mittelabflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückzuführen und betrifft die Rückführung der Verbindlichkeiten aus der laufenden Aufwandsabrechnung der Aareal Bank AG nicht.

Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

II. Ertragslage

Die Ertragslage und die darin gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Veränderungen werden durch eine Gegenüberstellung der Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres in absoluten und Prozentzahlen dargestellt.

	2007		2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Beteiligungsergebnis	11.065	100,0	9.212	100,0	1.853	20,1
Sonstige betriebliche Erträge	628	5,7	526	5,7	102	19,4
Betriebliche Erträge	11.693	105,7	9.738	105,7	1.955	20,1

Raumkosten	22	0,2	22	0,2	0	0,0
Beiträge und Abgaben	8	0,1	6	0,1	2	33,3
Allgemeine Verwaltungskosten	31	0,4	25	0,4	6	24,0
Rechts- und Beratungskosten	3	0,0	2	0,0	1	50,0
Abschluss- und Prüfungskosten	10	0,0	10	0,0	0	0,0
Betriebliche Aufwendungen	74	0,7	65	0,7	9	13,8

Betriebsergebnis	11.619	105,0	9.673	105,0	1.946	20,1
Finanzergebnis	-11.062	-100,0	-9.208	-100,0	-1.854	20,1
Ordentliches Unternehmensergebnis	557	5,0	465	5,0	92	19,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	554	5,0	462	5,0	92	19,9
Jahresergebnis	3	0,0	3	0,0	0	0,0

Das Beteiligungsergebnis beinhaltet die Gewinnbeteiligung der stillen Gesellschaft an der Aareal Bank AG.

Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen den Aufwendungsersatz der Aareal Bank AG für die Abwicklung der laufenden Geschäftstätigkeit aus. Der Aufwendungsersatz deckt die gesamten jährlichen betrieblichen Aufwendungen der Gesellschaft sowie den Gewerbesteueraufwand.

Die betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen allgemeine Verwaltungskosten sowie Aufwendungen für Büroräume. Die allgemeinen Verwaltungskosten setzen sich hauptsächlich aus den Kosten für Büroservice zusammen.

Unter dem Finanzergebnis werden die Zinsaufwendungen für die Teilschuldverschreibungen in Höhe von 11.063 TEUR sowie Zinserträge aus Festgeldanlagen in Höhe von 1 TEUR ausgewiesen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 12. März 2008 in Lübeck den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„ Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer“

Lübeck, den 12. März 2008

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer

mercurius gmbh

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anlagen

Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog

BILANZ

zum 31. Dezember 2007

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital			
I. Finanzanlagen			I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25
Stille Beteiligungen	180.000.000,00	180.000	II. Gewinnvortrag	2.209,24		-1
			III. Jahresüberschuss	<u>2.493,39</u>	29.702,63	3
						(27)
B. Umlaufvermögen			B. Rückstellungen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Steuerrückstellungen	92.640,00		84
Sonstige Vermögensgegenstände	10.521.435,48	8.784	2. Sonstige Rückstellungen	<u>13.339,96</u>	105.979,96	11
						(95)
II. Guthaben bei Kreditinstituten	31.043,03	62	C. Verbindlichkeiten			
			1. Teilschuldverschreibungen	180.000.000,00		180.000
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.527,00	4	2. Sonstige Verbindlichkeiten	10.421.322,92		8.728
			(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 10.421.322,92 EUR; im Vorjahr: 8.727.578,61 EUR)			
					190.421.322,92	(188.728)
	<u>190.557.005,51</u>	<u>188.850</u>			<u>190.557.005,51</u>	<u>188.850</u>

Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr TEUR</u>
1. Sonstige betriebliche Erträge	627.771,78	526
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	74.301,78	65
3. Erträge aus Teilgewinnabführungsvertrag	11.065.330,00	9.212
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	829,61	1
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>11.062.775,00</u>	<u>9.209</u>
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	556.854,61	465
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>554.361,22</u>	<u>462</u>
8. Jahresüberschuss	<u><u>2.493,39</u></u>	<u><u>3</u></u>

Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog

ANHANG zum Geschäftsjahr 2007

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft stellt gemäß § 267 Absatz 3 Satz 2 HGB ihren Jahresabschluss nach den Kriterien für große Kapitalgesellschaften auf.

Angaben, die wahlweise in der Bilanz gemacht werden können, sind i.d.R. im Anhang aufgeführt.

Die Gesellschaft gliedert ihre Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren.

Im Gegensatz zum Vorjahr wird die Erstattung des Gewerbesteueraufwandes in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter den Erträgen aus Teilgewinnabführungsvertrag.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Finanzanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten angesetzt. Gründe für eine Abwertung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert der Finanzanlagen lagen nicht vor.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert angesetzt. Abschreibungen zum niedrigeren beizulegenden Wert sind nicht erforderlich.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

III. Erläuterung zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage beige-fügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Gewinnansprüche für 2007 auf die stille Beteiligung in Höhe von 7.821 TEUR, eine Forderung aus der Aufwendungser-satzvereinbarung in Höhe von 98 TEUR sowie Steuererstattungsansprüche in Höhe von 2.602 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten Prüfungskosten von 10 TEUR und Kosten für Jahresabschlusserstellung von 3 TEUR.

Verbindlichkeiten

Zu den Restlaufzeiten:	bis zu 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR
Teilschuldverschreibungen	0	0	180.000
Sonstige Verbindlichkeiten	10.421	0	0

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus der Zinsabgrenzung der Teilschuldverschreibungen in Höhe von 7.819 TEUR sowie Verbindlichkeiten aus dem Forderungskaufvertrag in Höhe von 2.602 TEUR.

IV. Sonstige Angaben

Gesetzliche Vertreter

Zur Geschäftsführerin im Geschäftsjahr 2007 war bestellt:

Frau Margret Dircks, Kauffrau

Eine Vergütung für die Geschäftsführungstätigkeit wird nicht gezahlt.

Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt 10 TEUR. Andere Leistungen wurden nicht in Anspruch genommen.

Norderfriedrichskoog, den 11. März 2008

Margret Dircks

Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2007

	Anschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2007 EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2007 EUR	Buchwert 31.12.2007 EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr 2007 EUR	Buchwert 31.12.2006 EUR
I. Finanzanlagen					
Beteiligungen	<u>180.000.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>180.000.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>180.000.000,00</u>

Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog

LAGEBERICHT zum Geschäftsjahr 2007

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde errichtet, um sich als stiller Gesellschafter mit einer Einlage von 180.000 TEUR an einem Kreditinstitut im Sinne von § 1 KWG zu beteiligen und das hierzu erforderliche Kapital durch Ausgabe von Teilschuldverschreibungen in gleicher Höhe am Kapitalmarkt aufzunehmen. Durch die Höhe der Gewinnbeteiligung aus dem stillen Gesellschaftsverhältnis von zur Zeit 6,3844 % p.a. wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, die Zinsen auf die ausgegebenen Teilschuldverschreibungen von 6,383 % p.a. zahlen zu können. Ferner werden der Gesellschaft alle notwendigen Kosten zur Unterhaltung des erforderlichen Geschäftsbetriebs sowie die Gewerbesteuer aufwendungen in voller Höhe ersetzt. Im Ergebnis verbleiben in der Gesellschaft im Wesentlichen die Erträge aus der Verzinsung der liquiden Mittel sowie der Marge von 3 TEUR aus der Differenz zwischen den Erträgen aus dem stillen Gesellschaftsverhältnis und den Zinsaufwendungen aus den Teilschuldverschreibungen.

Nach Erbringung der stillen Gesellschaftereinlage und Platzierung der Teilschuldverschreibung am Kapitalmarkt besteht die Geschäftstätigkeit in der Abwicklung der Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit dem Erhalt der Gewinnbeteiligung aus der stillen Beteiligung sowie der Ausreichung der Zinszahlung an die Inhaber der Schuldverschreibung. Technisch erfolgt die Abwicklung über einen Treuhänder.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein Jahresüberschuss von 2 TEUR erwirtschaftet und liegt damit auf Vorjahresniveau.

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war zu jeder Zeit gegeben. Die Transaktionen im Zusammenhang mit der Auszahlung der Zinsen an die Inhaber der Teilschuldverschreibungen wurden über den eingeschalteten Treuhänder termingerecht abgewickelt.

2.3 Vermögenslage

Aufgrund des Überschusses hat sich das Eigenkapital der Gesellschaft um 2 TEUR erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2007 30 TEUR. Das langfristige Vermögen ist durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital in voller Höhe gedeckt.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Bilanzstichtages nicht eingetreten.

4. Risiko- und Prognosebericht

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen nach unserer Auffassung nicht. Bei Veränderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen können Anpassungen bei der Gewinnbeteiligung vorgenommen werden. Werden geringere oder keine Erträge aus der stillen Beteiligung erzielt, reduzieren sich entsprechend auch die Zinszahlungen auf die Teilschuldverschreibungen. Eine Nachzahlungsverpflichtung der Gesellschaft für entfallende Zinszahlungen besteht nicht.

Die Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung bestehen aufgrund des Geschäftsmodells in der Entwicklung der Verzinsung der Kontokorrent- und Festgeldkonten. Daher erwarten wir für die nächsten beiden Geschäftsjahre bei einem nahezu unveränderten Zinsniveau ein Jahresergebnis auf ungefähr gleicher Höhe wie im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Norderfriedrichskoog, den 11. März 2008

Margret Dircks

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Capital Funding GmbH, Norderfriedrichskoog, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Lübeck, den 12. März 2008

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen

A. Rechtliche Verhältnisse

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Capital Funding GmbH
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	Norderfriedrichskoog
Anschrift:	Koogstraat 4, 25870 Norderfriedrichskoog
Gründung und Gesellschaftsvertrag:	Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26. Juni 2001 (Firma Real Fünfte Grundstücksgesellschaft mbH) gegründet. Mit Beschluss vom 15. August 2002 wurde die Firmierung in Capital Funding GmbH geändert.
Eintragung in das Handelsregister:	Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Husum unter der Nr. HRB 1794 eingetragen. Die Eintragung erfolgte am 17. September 2002.
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand des Unternehmens ist es, sich als stiller Gesellschafter an einem Kreditinstitut im Sinne von § 1 KWG zu beteiligen und hierzu Kapital durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Gesellschaft ist darüber hinaus berechtigt, sämtliche Hilfsgeschäfte zu betreiben, die den Gegenstandswert fördern. Vermittlungsgeschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft betreibt keine Geschäfte, die nach dem KWG oder § 34 c der Gewerbeordnung genehmigungspflichtig sind.

Geschäftsjahr:	Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
Dauer der Gesellschaft:	Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
Stammkapital:	<p>Das gezeichnete Kapital beträgt 25.000,00 Euro.</p> <p>Der Geschäftsanteil wird von der Deutsche International Corporate Services Limited (DICSL) gehalten.</p> <p>Das Kapital ist voll eingezahlt.</p>
Geschäftsführung und Vertretung:	<p>Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird in § 5 des Gesellschaftsvertrages geregelt.</p> <p>Alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin der Gesellschaft ist Frau Margret Dircks. Sie ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.</p> <p>Die Prokuren von Herrn Christian Heling und Frau Susanne Haselbauer sind erloschen. Die Eintragung erfolgte am 14. Dezember 2007.</p>
Größenklassen:	Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Absatz 2 HGB. Sie gilt aber gemäß § 267 Absatz 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

B. Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Grundlage

Die Gesellschaft hat sich als stiller Gesellschafter am Handelsgewerbe der Aareal Bank AG, Wiesbaden, mit einer Einlage von 180.000 TEUR beteiligt. Die Refinanzierung erfolgte durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen in gleicher Höhe über den Kapitalmarkt.

Für die stille Einlage erhält die Gesellschaft eine jährliche Gewinnbeteiligung in Höhe des 12-Monats EURIBOR zuzüglich eines Aufschlags von 2,1014 %. Der Zinssatz auf die Schuldverschreibungen berechnet sich nach den 12-Monats EURIBOR zuzüglich eines Aufschlags von 2,10 % p.a.

2. Wichtige Verträge

a) Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft (Beteiligungsvertrag)

Gemäß Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft vom 24./25. September 2002 hat sich die Gesellschaft am Handelsgewerbe der Aareal Bank AG, Wiesbaden, mit einer Einlage von 180.000 TEUR als typisch stille Gesellschafterin beteiligt. Die Einlage wurde am 8. Oktober 2002 geleistet.

Die Gesellschaft hat für jeden Gewinnzeitraum Anspruch auf eine Gewinnbeteiligung gem. § 2 des o.g. Vertrages i.V.m. der Genehmigungserklärung vom 26. September 2002 in Höhe des 12-Monats-EURIBOR zzgl. einer Marge von 2,1014 % bezogen auf den Einlagenennbetrag und berechnet für einen Zahlungszeitraum von einem Ausschüttungstag bis zum nächstfolgenden Ausschüttungstag auf Grundlage der tatsächlichen Anzahl der Tage in diesem Zeitraum, dividiert durch 360. Zahlungszeitraum ist der Zeitraum von der Leistung der stillen Gesellschaft bis zum ersten Ausschüttungstag bzw. von einem Ausschüttungstag bis zum nächsten Ausschüttungstag.

Die Gewinnbeteiligung entfällt ganz oder teilweise, wenn und soweit durch ihre Zahlung bei der Aareal Bank AG ein Jahresfehlbetrag entsteht oder sich erhöht. Die Zahlung einer Gewinnbeteiligung setzt ebenfalls voraus, dass der infolge etwaiger Verlustbeteiligung unter den Nennbetrag reduzierte Buchwert der stillen Einlage wieder aufgefüllt wird.

b) Aufwendungsersatzvereinbarung

Zur Deckung der ausschließlich mit dem Geschäftsbetrieb der stillen Gesellschafterin zusammenhängenden laufenden und zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs notwendigen Aufwendungen wurde zwischen der Gesellschaft und der Aareal Bank AG am 24./25. September 2002 eine Aufwendungsersatzvereinbarung getroffen. Hiernach erhält die Gesellschaft sämtliche notwendigen Aufwendungen erstattet, die im Einzelnen jedoch nicht abschließend in der Anlage 1 zur o.g. Vereinbarung aufgeführt sind.

c) Teilschuldverschreibungen

Die Refinanzierung der stillen Beteiligung erfolgt über die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen, die durch die Konsortialbanken Deutsche Bank AG London, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, BCP Investimento-Banco Comercial Portugues de Investimento, S.A., BNP Paribas und Legg Mason Ltd. Spain über den Kapitalmarkt, insbesondere die Amsterdamer Euronext in Stückelungen von je 100 Euro unter der WKN 707 008 platziert wurden.

Die Verträge (paying agency agreement und underwriting agreement) mit den Konsortialbanken, der Aareal Bank AG und der Gesellschaft wurden am 1. Oktober 2002 geschlossen.

An jedem Fälligkeitstag wird die Gesellschaft aus der jährlichen Gewinnbeteiligung und dem Kaufpreisbetrag aus dem Forderungskaufvertrag, die die Deutsche Bank Luxembourg S.A. (Treuhänderin), Luxembourg, als Treuhänderin für Rechnung der Gesellschaft aufgrund des unter d) beschriebenen Treuhandvertrages vom 1. Oktober 2002 erhält, Zinsen auf die Teilschuldverschreibungen an die Investoren in Höhe von 12-Monats-EURIBOR (bzw. in Höhe eines linear interpolierten EURIBOR-Satzes in Bezug auf die Zinszahlung am ersten, auf die Emission der Teilschuldverschreibungen folgenden Fälligkeitstages) zzgl. 2,10 % des Einlagenennbetrages zahlen, soweit sich die Zinszahlung nicht aufgrund einer niedrigeren Gewinnbeteiligung entsprechend vermindert. Der Zinssatz entspricht der Gewinnbeteiligung der Gesellschaft vermindert um eine Marge in Höhe von 0,0014 % p.a. des Einlagenennbetrags, die die Gesellschaft als eigene Einkünfte erhält.

Die Gesellschaft erzielt nur dann und nur insoweit eigene Einkünfte, als die jährliche Gewinnbeteiligung zusammen mit dem Kaufpreis für den Steuererstattungsanspruch (Forderungskaufvertrag) die an die Investoren zu zahlenden Zinsen übersteigt. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, entfallene Zinszahlungen an die Zeichner der Teilschuldverschreibungen mangels Beteiligungsertrag an der Aareal Bank AG nachzuholen.

Die Teilschuldverschreibungen haben kein festes Rückzahlungsdatum. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt bei Rückzahlung der stillen Beteiligung in Höhe der von der Aareal Bank AG zurückgezahlten stillen Einlage. Die Rückzahlung ist ausgeschlossen, solange die stille Einlage durch eine vorherige Verlustbeteiligung gemindert und nicht wieder aufgefüllt ist.

d) Treuhandvertrag

Nach Maßgabe des am 1. Oktober 2002 geschlossenen Treuhandvertrages zwischen der Gesellschaft, der Aareal Bank AG und der Treuhänderin Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxembourg, zu Gunsten der Inhaber der Teilschuldverschreibungen hat die Gesellschaft alle bestehenden und künftigen Gewinnbeteiligungsansprüche, Verspätungszinsansprüche, Zahlungsansprüche und Beendigungsansprüche gegen die Aareal Bank AG zur Sicherung der Ansprüche der Investoren an die Treuhänderin abgetreten. Werden am jeweiligen Fälligkeitstag die auf die jeweiligen abgetretenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen nicht erbracht, so wird die Treuhänderin diese Ansprüche unverzüglich gegenüber der Aareal Bank AG geltend machen. Sie ist berechtigt, gerichtliche und außergerichtliche Verfahren und Prozesse zu führen, die der Sicherung der Ansprüche der Investoren dienen.

e) Forderungskaufvertrag

Bei der Ausschüttung der Gewinnbeteiligung an die Gesellschaft oder Verwendung des Beteiligungsertrages zur Auffüllung der stillen Einlage nach Herabsetzung ihres Buchwerts behält die Aareal Bank AG gem. § 43 Absatz 1 Nr. 3 EStG Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag auf die ausgeschütteten Beträge bzw. den Betrag der Wiederauffüllung ein, falls die Finanzverwaltung für Zahlungen an die Gesellschaft keine Befreiung erteilt hat. Der Einbehalt wird als Vorauszahlung auf die von der Gesellschaft geschuldete Körperschaftsteuer angerechnet. In der Höhe, in der die einbehaltene Kapitalertragsteuer die tatsächliche Körperschaftsteuerschuld der Gesellschaft übersteigt, steht der Gesellschaft jeweils ein Steuererstattungsanspruch gegen die Finanzbehörden zu.

Nach Maßgabe des Forderungskaufvertrages vom 24./25. September 2002 zwischen der Gesellschaft und der Aareal Bank AG verkauft und tritt die Gesellschaft ihre Steuererstattungsansprüche gegen die Finanzbehörden an die Aareal Bank AG ab. Als Gegenleistung stehen der Gesellschaft Zahlungsansprüche gegen die Aareal Bank AG in Höhe der von dieser einbehaltenen und abgeführten Steuerabzugsbeträge zu, die jeweils zum Zeitpunkt der Ausschüttung der jährlichen Gewinnbeteiligung und in Höhe des jeweiligen Einbehalts zur Zahlung fällig werden.

C. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird unter der Steuernummer 15/294/02807 beim Finanzamt Flensburg geführt.

Das Unternehmen unterliegt aufgrund seiner Rechtsform und Tätigkeit der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer.

Die letzten Veranlagungen betreffen den Zeitraum 2006. Die Bescheide ergingen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gem. § 164 AO. Rechtsbehelfsverfahren liegen nicht vor.